

Solidarität mit Venezuela!

Beschluss des 5. Parteitags der LINKEN

(2. Tagung des 5. Parteitags der LINKEN, 9. bis 11. Juni 2017, Hannover)

DIE LINKE verurteilt die Versuche der USA, der EU und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die gegenwärtigen Konflikte in Venezuela zu eskalieren und das Land zu destabilisieren, ebenso die ausländische Unterstützung der gewalttätigen Opposition in Venezuela. Diese Einmischung richtet sich einerseits gegen den gewählten Präsidenten Maduro und seine Regierung und andererseits gegen den Integrationsprozess in Lateinamerika, den Venezuela mit initiiert hat.

Die Versuche, den Integrationsprozess in Lateinamerika zu stoppen und dadurch den Ländern des Kontinents das Recht auf eine eigenständige, souveräne Entwicklung abzusprechen, sind nicht neu: 2002 Venezuela, 2008 Bolivien, 2009 Honduras, 2010 Ecuador, 2012 Paraguay, 2016 Brasilien - die gegenwärtigen Ereignisse in Venezuela stehen im Zusammenhang mit diesen subversiven Handlungen, parlamentarischen und militärischen Putschen gegen die Völker des Kontinents.

Die gegenwärtige ökonomische und soziale Situation in Venezuela ist angespannt. Die Ursachen dafür liegen aber nicht vorrangig in Fehlern der Regierung Maduro, wie es viele Medien schreiben. Tatsache ist: Die venezolanische Bourgeoisie hat das chavistische Projekt nie akzeptiert, sie hat es nie verwunden, dass Hugo Chávez ihr den Zugriff auf die Ölrente weggenommen hat, um mit ehrgeizigen Sozialprogrammen die Armut im Land zu bekämpfen. Ebenso hat sie es bis heute nicht geschafft, die Präsidenten Chávez und Maduro auf demokratischem Wege abzulösen. Der Putsch der Oligarchie von 2002 brach unter dem massiven Widerstand der ärmsten Teile der Bevölkerung und loyaler Militärs zusammen. Die alten Eliten Venezuelas boykottieren seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez im Jahr 1999 die wirtschaftliche Entwicklung des Landes systematisch. Die bolivarianische Revolution hatte nie eine reelle Chance, die ökonomische Diversifizierung voranzubringen, um der Abhängigkeit vom Öl zu entkommen.

Erinnert sei z.B. an den Versuch der Opposition im Jahr 2002, die venezolanische Erdölindustrie lahmzulegen. Das Ziel war, über einen Zusammenbruch der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung den Weg für einen Putsch zu ebnen. Diese Blaupause ist in Lateinamerika immer wieder angewendet worden, so z.B. in Kuba mit der US-Blockade (seit 1960/1962), in Chile (1973) - und nun in Venezuela. Gegenwärtig ruft der venezolanische Unternehmerverband seine Mitglieder zu einem Stopp der Lebensmittelproduktion auf. Dies ist eine neue Zuspitzung der Lage: Bewaffnete, unter ihnen viele bezahlte Paramilitärs aus Kolumbien, zünden Transporte an, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und auch mit Medikamenten zu unterbinden.

DIE LINKE fordert das Ende dieses Wirtschaftskrieges, unter dem die Bevölkerung leidet und der einen Regierungswechsel erzwingen soll. Die Bolivarianische Republik Venezuela, die Regierung Maduro und die Bevölkerung des Landes brauchen in der

gegenwärtigen Situation die Solidarität der Linken weltweit in besonderem Maße! Das Foro de Sao Paulo, der Verbund der linken Parteien Lateinamerikas, hat zu weltweiten Solidaritätsaktionen mit Venezuela aufgerufen.

DIE LINKE verurteilt das gewaltsame Vorgehen der Opposition in Venezuela. Wir rufen zu einem Ende der Gewalt auf! Ein Bürgerkrieg, der eine militärische Intervention von außen zur Folge haben könnte, muss verhindert werden. Die Opposition muss den eingeschlagenen Weg aufgeben, die gewählte Regierung von Präsident Maduro mit Gewalt stürzen zu wollen. Die Opposition ist zudem aufgefordert, sich in den von der Regierung Maduro wiederholt angebotenen nationalen Dialog einzubringen - gewaltfrei und demokratisch und bei Einhaltung des venezolanischen Rechts und der venezolanischen Verfassung.

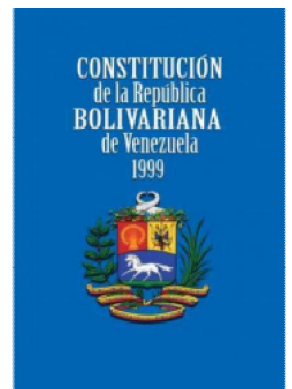
DIE LINKE befürwortet den Vorschlag der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC), die Initiative für eine Vermittlung zwischen allen Beteiligten der Konflikte zu ergreifen. Wir unterstützen den Appell der UNO an alle Seiten, die Spannungen und die Polarisierung zu verringern und weitere Zusammenstöße zu vermeiden.

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der bolivarianischen Revolution, wie sie von Hugo Chávez eingeleitet wurde, um die demokratischen und sozialen Errungenschaften in Venezuela zu bewahren und zu entwickeln.

DIE LINKE steht an der Seite aller linken Kräfte in Lateinamerika, **einschließlich der sozialistischen Regierung in Venezuela**. Die Bundesregierung fordern wir auf, einen Beitrag zu einem gleichberechtigten Dialog und zur Deeskalation in Venezuela zu leisten.

Artikel 348 der geltenden venezolanischen Verfassung lautet:

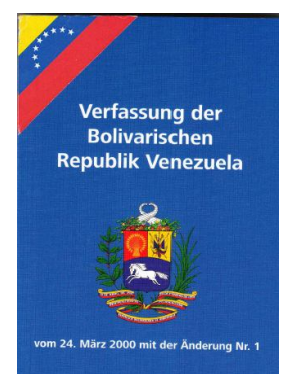
"Die Initiative zur Einberufung der Verfassunggebenden Nationalversammlung kann ergriffen werden vom Präsidenten oder der Präsidentin der Republik mit dem Ministerrat, von der Nationalversammlung durch einen mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder verabschiedeten Beschluss, den versammelten Gemeinderäten mit den Stimmen von zwei Dritteln ihrer Mitglieder oder von fünfzehn Prozent der im Personenstands- und Wahlregister eingetragenen Wähler und Wählerinnen."



Artikel 349 der geltenden venezolanischen Verfassung lautet:

Der Präsident oder die Präsidentin der Republik darf die neue Verfassung nicht ablehnen.

Die rechtmäßig bestellten öffentlichen Gewalten dürfen in keiner Weise Entscheidungen der Verfassunggebenden Nationalversammlung verhindern.



Ist die neue Verfassung verkündet, so wird sie im Gesetzblatt der Bolivarischen Republik Venezuela oder im Gesetzblatt der Verfassunggebenden Nationalversammlung veröffentlicht.

Verfassungskonvent in Venezuela übernimmt Kompetenzen des Parlaments

Von Eva Haule

amerika21

19.08.2017

 Portal amerika21.de
Forum für ein anderes Amerika



Die eingeladene Leitung des Parlaments erschien nicht zur Sitzung und verweigert die Anerkennung des Verfassungskonvents in Venezuela
Quelle: albaciudad.org

Caracas. Bei ihrer jüngsten Sitzung am Freitag hat die verfassunggebende Versammlung von Venezuela (ANC) ihre den anderen Staatsgewalten übergeordnete Stellung bekräftigt und beschlossen, Gesetzgebungsbefugnisse des Parlaments in entscheidenden Belangen an

sich zu ziehen. Dies betreffe Kompetenzen zum Erlass von Gesetzen in Angelegenheiten, ***"die unmittelbar darauf gerichtet sind, den Frieden, die Sicherheit, die Souveränität, die Stabilität des sozio-ökonomischen und finanziellen Systems, die Ziele des Staates sowie die Vorrangstellung der Rechte der Venezolaner zu garantieren"***, heißt es in der Entscheidung.

Zuvor war das Parlament des Landes der formellen Einladung des ANC, das Zusammenwirken der Staatsgewalten zu regeln, erwartungsgemäß nicht gefolgt. Die 2015 in ihrer jetzigen Zusammensetzung gewählte Nationalversammlung erkennt mehrheitlich den Verfassungskonvent nicht an.

Delcy Rodríguez, die Leiterin der Versammlung, erklärte, das Dekret erlaube es dem Konvent, parlamentarische Akte in Form von Gesetzgebungen in diesen Bereichen zu erlassen, wie es die Verfassung in Artikel 349 vorsehe. Sie kritisierte die Weigerung der Leitung des Parlaments, der Einladung zu dieser Sitzung des ANC zu folgen. Dem Parlament wurde nun die Einrichtung einer Kommission vorgeschlagen, um "den nationalen Dialog zwischen beiden Instanzen zu ermöglichen". Dafür sollten fünf Abgeordnete ernannt werden.

Der Opposition nahe stehende Medien hatten nach dem Beschluss umgehend vermeldet, die Nationalversammlung sei aufgelöst worden. Dem widersprach Rodríguez: man bestehe im Gegenteil darauf, dass das Parlament arbeite, seine Funktionen erfülle und den Verfassungskonvent anerkenne. Es gehe um ganz bestimmte Bereiche, die ihm entzogen worden seien und in denen die von der Opposition dominierte Nationalversammlung gar nicht oder gegen die Interessen des Landes und der Bevölkerung gehandelt habe. "Sie kamen 2015 mit dem einzigen Interesse ins Parlament, die Re-

gierung von Nicolás Maduro zu stürzen und sie verabschiedeten kein einziges Gesetz, um den Bedürfnissen Venezuelas nachzukommen“, sagte die frühere Außenministerin.

Anhänger und Parlamentsabgeordnete des Oppositionsbündnisses Tisch der Demokratischen Einheit ließen über den Kurznachrichtendienst Twitter verlauten, dass sie diese Entscheidung ebenso wenig anerkennen wie den Verfassungskonvent selbst. Das Parlament berief für den heutigen Samstag um zehn Uhr eine Sondersitzung ein, zu dem auch Vertreter des diplomatischen Korps eingeladen sind und bezeichnete das Dekret als "Putsch".

Ergänzende Meldung – zum Vergleich mit dem oben zitierten Artikel 349:

An diesem Samstag sprach sich die von der Opposition dominierte Nationalversammlung in einer außerordentlichen Sitzung gegen diese Übernahme legislativer Befugnisse durch die Verfassunggebende Versammlung (ANC) aus und bekräftigte ihre Nicht-Anerkennung des Verfassungskonvents. Der erste Vizepräsident des Parlaments, Freddy Guevara, zerriss am Rednerpult das ANC-Dekret, mit dem die ANC die Kompetenzen zum Erlass von Gesetzen in Angelegenheiten, "die unmittelbar darauf gerichtet sind, den Frieden, die Sicherheit, die Souveränität, die Stabilität des sozio-ökonomischen und finanziellen Systems, die Ziele des Staates sowie die Vorrangstellung der Rechte der Venezolaner zu garantieren", an sich gezogen hatte.

Der Rechtspolitiker nannte die Regierung von Präsident Nicolás Maduro eine "bewaffnete Militärdiktatur" und bezichtigte sie der Gewalttätigkeit und Folter. Bei der Sitzung waren auch diplomatische Vertreter aus Argentinien, Chile, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Kanada, Mexiko, Österreich, Polen, Portugal und Spanien anwesend.

Zusammengestellt von:



Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e.V.

- Freunde Lateinamerikas -
Gemeinnütziger Verein

humboldt@web.de

www.humboldt.de

Spenden: Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft Konto: 443499102 BLZ: 100 100 10
IBAN: DE97 1001 0010 0443 4991 02 BIC: PBNKDEFF Stand: 28.12.13



venezuela.avanza@web.de